

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,
für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (8), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Preizzeile:
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Restame
3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 1. Februar.

12 Uhr. Am Ministerische: Dr. Friedberg, von Schel, u. A.:
Die zweite Veranlassung des Staats der Justizverwaltung
wird bei Kap. 71, Tit. 1. (Gehalt des Ministers) fortgesetzt.

Abg. v. Strombeck (Centrum): Es ist sowohl im Reichstag
wie hier oft über die Höhe der Gerichtskosten geklagt worden. Ich
möchte meinerseits eine Erhöhung des Minimaltarifs für Akte der
freiwilligen Gerichtsbarkeit befürworten. Besonders bei Testamenten
macht sich ein Mangel fühlbar. Wenn beispielsweise ein Millionär
sein Testament macht, so zahlt er nicht mehr Kosten wie jemand,
der nur über 60 000 Mk. verfügt. Dadurch gehen der Staatskasse
viele Einnahmen verloren. Ich möchte den Minister also bitten,
bei einer Revision der Gerichtskosten diesen Punkt besonders zu
berücksichtigen.

Aufsichtsrath Dr. Friedberg: Die vom Vorredner gewünschte
Erhöhung des Minimaltarifs bei den Akten der freiwilligen Ge-
richtsbarkeit würde allerdings sehr von der jetzt vorberathenden
Stimmung ab, die dahin geht, daß die Gerichtskosten erniedrigt
werden möchten, und ich kann auch kaum glauben, daß
wenn wir mit einer Herabsetzung des Gerichtskostengesetzes vorgehen
wollten, wir auf diesem Gebiete zu einer Erhöhung kommen
würden. Die Gerichtskosten für Akte der freiwilligen Gerichtsbar-
keit, wie sie jetzt bestehen, sind über einige 30 Jahre alt und haben
noch nicht zu Beschwerden Anlaß gegeben. Ich gebe zu, daß Be-
schwerden über zu geringe Kosten selten vorkommen, aber auch von
den betreffenden Behörden sind keine derartigen Klagen geführt
worden, nichts desto weniger werde ich den Antrag des Abg. von
Strombeck in Erwägung ziehen.

Abg. v. Mecklenburg: daß bei der jetzigen Form der Pro-
totollung der Verhandlungen die Protokollentwerfungen so gut
wie unmöglich gemacht sind. Es sche in den Protokollen einfach
in laconischer Kürze: „Der Angeklagte hat die Sache vernommen.“
Daraufhin könne aber die Staatsanwaltschaft keine Anklage stellen.
Er wisse wohl, daß der Minister diesen Mangelstand vollstän-
dig erkenne, er wolle aber doch die Gelegenheit ergreifen, wiederholt
darauf aufmerksam zu machen.

Abg. v. West: bittet den Minister, das im vorigen Jahre dem
Landtage vorgelegte, aber nicht erledigte Bergwerksregulierungs-
gesetz für die Provinz Pommern wiederum einbringen zu wollen.

Minister Dr. Friedberg: sagt zu, daß die Vorlage alsbald dem
Landtage zugehen werde, nachdem einige in Folge neuerer Berichte
als notwendig erscheinende Abänderungen vorgenommen sein würden.
Die Bestien wird bewilligt, die folgenden werden unbeantwortet
genehmigt.

Bei Titel 10, Prüfungsgebühren (18 000 Mk.) bemerkt:

Abg. Dr. Gneccerus (nat.-lib.): Zu den letzten Jahren hat
sich mehr und mehr die Ansicht von der Nothwendigkeit einer
Reform des juristischen Examinens verallgemeinert. Theoretische und
praktische Examinatoren stimmen darin überein, daß Uebelstände
schmerzlichender Art vorhanden sind. Zunächst ist unter den jungen
Studierenden der Jurisprudenz fast allgemein der Glaube
verbreitet, daß es nicht unbedingt nöthig sei, in den
ersten Semestern zu arbeiten, daß vielmehr der Jurist recht
ant zwei Semester warten könne. Man hört das Urtheil
hier und da, und auch unter den Studierenden der andern Fakultäten
Zurück gegenüber antworten. Sodann ist ein Hauptübel, daß
von vielen jungen Juristen nicht richtig gearbeitet wird. Eine
Summe gewisser Kenntnisse zu sammeln, hält ja jeder für nöthig,
aber es fehlt an einem gründlichen Studium des Rechts und an
praktischer Anschauung. Der junge Jurist muß im Stande sein, einen
verhandenen Sach in Gestalt von praktischen Beispielen sich vorzustellen.
Deshalb sind bloße Einparatieren, wie sie ja jetzt an verschiedenen
Orten in hoher Blüthe stehen, nichts werth und die jungen Juristen
vielmehr darauf hinzuwirken, Konversationen zu hören, an Exercitia
theilzunehmen und Praktika zu belegen. Gegen die Verhältnisse zu
weiner Zeit die jetzigen gehalten, auch ich als Bedauer einen
Rückschritt feststellen. Damals hörte jeder oder fast jeder ein
Civil- oder Strafrechtspraktikum, ein Rectorium und Exercitium,
die ihn in das praktische Leben einführen. Heutzutage glaubt ein
großer Theil der Studierenden für das jetzige Examen ein so ein-
geheutes Studium nicht nöthig zu haben. Dasselbe besteht bekann-
tlich in einer mündlichen und einer sogenannten wissenschaftlichen
Aufgabe, indem zu letzterer ein theoretisches wissenschaftliches Thema
zur Bearbeitung innerhalb eines bestimmten Zeitraums gestellt wird.
Ich meine, weder das mündliche Examen, noch die wissenschaftliche
Arbeit können für die praktische Erkenntnis des Rechts der Rechts-
grundlagen bei dem Examinanden ein genügendes Urtheil geben.

Sollen diese Uebelstände gehoben werden, so muß meines Er-
achtens zunächst ein Zwischenexamen eingeführt werden, welches für
Juristen dieselbe Bedeutung hätte wie das tentamen physicum für
die Mediziner. Auch der Juristentag hat im vorigen Jahre
ein dahin gehendes einstimmiges Votum abgegeben. Es bietet
sich dadurch erhebliche Vortheile, daß es den jungen Studierenden
veranlaßt, von Anfang an zu arbeiten, und wenn ein gründliches
Studium des Privatrechts in die ersten Semester verlegt wird,
dann werden die letzten Semester für das öffentliche Recht frei,
über dessen Veranlassung die Lehrer ja so lebhaft klagen. Ein
zweiter Punkt, den ich fast für noch wichtiger halte, ist, daß das, was
in Gese schon längere Zeit geschieht, allgemein eingeführt werde, daß
nämlich die wissenschaftliche Arbeit nicht mehr eine theoretische,
sondern eine praktische sei. Ich lasse dahingestellt sein, ob eine
schriftliche Arbeit verlangt werden soll oder zwei, ob sie in etlichen
Wochen zu Hause oder sofort in Klausur angefertigt werden soll;
die Hauptsache ist, daß die Prüfungsarbeit eine praktische sei. Die
heutigen theoretischen Arbeiten sind meistens sogenannte „Rechts-
arbeiten“. Sie bestehen aus kaum mehr als der Ordnung
des vorhandenen Materials in mehr oder weniger geschickter
Auswahl und Darstellung. Diese Art der Arbeit ist von
höchst nachtheiligem Einfluß auf die ganze Art des Studiums,
es fehlt die praktische Anschauung in Rechtsverhältnissen.
Die praktische Arbeit fordert dagegen die Anwendung des eigenen
Urtheils auf ein dem Examinanden unbekanntes, von anderen bloß-
her noch nicht behandeltes Rechtsgebiet und veranlaßt zum richtigen
Studium; das ist der höchste Zweck des Examins. Es sind noch
andere Vorschläge gemacht worden; so hat z. B. Herr Professor
Dernburg vorgezuschlagen, daß man den jungen Juristen erst einige
Semester studieren, dann kurze Zeit in die Praxis gehen und dann
wieder in das Studium eintreten lassen soll. Ich halte diese An-
sicht nicht für glänzlich, aber ich will sie auch nicht bekämpfen, denn
nicht darauf kommt es im Augenblicke an, hier dasjenige auszusprechen,
was das Beste ist. Ich habe meine Ansicht kurz vorgetragen und meine
Bitte an den Herrn Justizminister geht lediglich dahin, eine Enquete
zu veranstalten oder in anderer Weise Stimmen der Theoretiker
und Praktiker über die Einrichtung des Examins zu sammeln und
dann sich sein schlußendiges Urtheil zu bilden. Ich hoffe, daß er
dann zu dem längst von ihm beabsichtigten Verordnen des Examins
Veranlassung nehmen wird. Auch bitte ich ihn, sich nicht durch den
etwas lebhaften Streit beirren lassen zu wollen, sondern dasjenige
zu thun, was notwendig ist, und wenn lebhaft Klagen entstehen,
sich zu sagen, es ist dies eine Folge des tiefen Gefühls für die zu
behebenden Uebelstände.

Geheimrath Stöckel (Vorsitzender der Justiz-Prüfungs-Kom-
mission): Die vom Vorredner erörterte Frage der Reform der
juristischen Prüfungsordnung hat die Justizverwaltung bereits
längere Zeit beschäftigt, besonders, da die Klagen, welche erschallen
sind, im Laufe der Jahre fortwährend an Intensität zugenommen,
so sich sogar dahin gesteigert habe, daß von einem öffentlichen
Skandal geredet wird, der in der Justizverwaltung herrsche, welche

Auge und Ohr den schon längst gehörten Klagen verschließe. Wenn
die Herren, die so sprechen, die Arbeiten kennen, die in der letzten
Zeit über diese Frage im Justizministerium vollendet sind, würden
sie nicht glauben, daß wir die Hände in den Schoß legen. Wir
haben uns nur entschlossen, langsam vorzugehen, weil wir diesen
Weg für den richtigsten halten. Die Vorschläge zur Abhilfe sind
nun weiß von Theoretikern ausgegangen, die unter sich wieder
recht uneinig sind. Zunächst wies der Vorredner darauf hin,
man sollte die Studierenden wieder mehr zum Besuch von praktischen
Kollagen und Seminarien anregen. Ich habe denn auch im Ein-
verständnis mit dem Kultusminister an die Universitäten eine dahin-
gehende Verfügung erlassen. Was ist nun die Antwort auf diese
Verfügung in einer Broschüre, welche ich hier vor mir habe?
„Man könnte billig über diese in maßgebenden Kreisen
verbreitete Unklarheit in der Auffassung der Verhältnisse
erstaunen, umso mehr, als eine vom Minister der Justiz
und des Unterrichts vereinbarte Verfügung im vorigen Jahre
die Fakultäten anwies, die Studierenden wiederholt auf praktische
Übungen hinzuweisen.“ Die Frage des Zwischenexamins ist von
der Justizverwaltung zuerst mit voller Wärme erfaßt worden.
Denn dies schien in der That zuerst ein geeignetes Mittel, die
Studierenden der Jurisprudenz, denen man mit Recht oder Unrecht
größeren Unfleiß als denen anderer Fakultäten vorwirft, fleißiger
zu machen. Indessen ist die Justizverwaltung nach reiflicher Er-
wägung der Angelegenheit zu dem Resultat gekommen, daß dieses
Zwischenexamen eine keineswegs wirksame Einrichtung sein würde.
Die Schrift, welche ich vorhin anführte, erklärt dieses Zwischen-
examen als eine gänzlich verfehlte Einrichtung. Nun existirt ein
solches Zwischenexamen in Oesterreich, und die Justizverwaltung ist
in der Lage gewesen, von einem unserer angesehensten Rechtslehrer,
der Jahre lang in Wien doziert hat und an diesen Zwischenexamen
theilnahm, privatim dessen Meinung einzuholen. Ich brauche nur
den Namen zu nennen, und Sie werden zugeben, daß
dieser eine Autorität ist, deren Urtheil unbedingt maßgebend ist.
In diesem Gutachten heißt es: „Die Ansicht, die ich über die Sache
hege, wird nicht nur von meinen früheren Kollegen in Wien, son-
dern auch den gegenwärtigen getheilt. Nur zwei befürworteten
das Zwischenexamen, mir andere sieben waren über die gänzliche
Nutzlosigkeit desselben einig. Außerdem wird dieses Zwischen-
examen den ohnehin schon genug mit Arbeit besetzten
Rechtslehrern, welche dieses Examen vorzunehmen haben,
noch mehr Zeit entziehen, das Semester würde noch weiter dadurch
verlängert werden, zumal bei dem großen Andrang von Studenten.
Ferner gestattet unsere Gesetzgebung anderthalb Jahre des Studiums
außerhalb Deutschlands. Das Zwischenexamen würde die Folge
haben, daß die Studierenden sich diejenigen Universitäten aussuchen
für das Zwischenexamen, die ihnen für dessen Begehen die beste Gewähr
zu geben scheinen. Da dieses Zwischenexamen sich vorzüglich auf das
öffentliche Recht erstrecken würde, so wäre eine Folge davon die,
daß noch viel weniger Gewicht auf das Privatrechtsstudium gelegt
würde als bisher, und das soll vermieden werden. Dem Vorschlag
des Vorredners, an Stelle der jetzigen wissenschaftlichen Examen-
arbeit eine praktische zu setzen, setzt die Justizverwaltung ein ent-
schieden negatives Urtheil entgegen. Die wissenschaftliche Arbeit kann unter
den jetzigen Einrichtungen nicht entbehrt werden. Es ist auch
unter den Fakultäten keine einzige, welche sich mit Entschiedenheit
gegen die wissenschaftliche Arbeit ausspricht, ausgenommen
die, auf welche der Vorredner exemplarisch, die Göttinger
Fakultät oder vielmehr die Examen-Kommission in Göttingen.
Das ist aber sehr erklärlich, die Herren aus Hannover loben ihre
alten Einrichtungen, wie sie vor 1869 bestanden haben. Eine ab-
solut heftige Einrichtung ist 1869 aufgegeben worden, weil sie sich
als mangelhaft herausstellte und zwar aus einem sehr einfachen
Grunde. Wenn Sie von einem Studenten, der von der Universität
kommt, eine praktische Arbeit verlangen, so ist das ungefähr
dasselbe, als wenn Sie jemanden im Schwimmen ein Examen
machen lassen wollen, der niemals vorher Schwimmunterricht
gehabt hat. (Sehr richtig!) Die Censuren solcher praktischen
Arbeiten gerade in Hannover lauteten sehr oft so: „So viel man
von einem Kandidaten, der noch nie eine praktische Arbeit gemacht
hat, verlangen kann, ist diese Arbeit ganz leidlich.“ Die Kandidaten
können sich ja auch nie das geeignete Material für solche Arbeiten
verschaffen. Es ist ein entschiedener Irrthum, zu glauben, in
Seminarien und auf Universitäten könne gelernt werden, was für
eine praktische Arbeit gefordert werden kann. Die wissenschaftliche
Arbeit dagegen schließt sich ganz naturgemäß dem rein wissenschaft-
lichen Studium an der Universität an. Allerdings kann man bei
der Wahl der Thematika nicht vorsichtig genug sein. Es ist die
Wahl der Thematika ziemlich schwierig, wie überhaupt die ganze Ab-
haltung des Examins außerordentlich schwierig ist und gute
Examinatoren recht seltene Wahrnehmungen sind. Eine Sammlung
der gestellten Thematika würde eine wunderbare schöne
Blumenlese abgeben. Wenn man also in der Wahl
der Thematika mitunter Fehler gemacht hat, so glaube ich
nicht, daß dies der Prüfungsordnung zuzuschreiben ist.
Ueber die Zweckmäßigkeit der Prüfungsordnung kann man doch
auch erst nach langer Erfahrung ein Urtheil fällen. Der Verfasser
des Buches, das ich hier vor mir habe, hat drei Examina, sage drei
ganz Examina mitgemacht. Er hat 16 Kandidaten geprüft und
darauf hin wagt er das Urtheil, daß unsere preussische
Prüfungs-Ordnung nichts tauge. Der Verfasser dieses
Buches versteht sich sogar bis zu der Behauptung
es sei ihm noch nie ein preussischer Kandidat vorgekommen,
der auch nur mit Roth in Oesterreich oder Hessen das Examen be-
stehen könne. Gerade diese Behauptung hat die Justizverwaltung
zu weiteren Nachforschungen veranlaßt, und da hat sich denn er-
geben, daß Fälle, in denen Leute, die in anderen Staaten das
Examen nicht bestanden haben, sich nach Preußen wandten, wo
angesehen jeder das Examen bestehen kann, nicht vorgekommen sind.
Dagegen liegt eine ganze Reihe von Fällen vor, wo Kandidaten,
die in Preußen das Examen nicht bestanden haben, anderweitig Prüfung
suchten. Dergehalben, a. Folgendes: Kandidat A. bestand die erste Prü-
fung in Berlin zwei Mal nicht; 5 Monate später, am 18. Dezember
1877 wurde er an einer deutschen Fakultät geprüft und erhielt „so
insignem eruditionem“ ein vorzügliches Zeugnis. Da wurde denn
angefragt, ob man gewußt hätte, daß der Kandidat zwei Mal die
Prüfung in Berlin nicht bestanden habe. Die Antwort lautete:
Ja wohl! Gerade deshalb habe man besonders erhebliche Ansprüche
an ihn gestellt. Ein anderer Fall war der: Referendar B. in Berlin
bestand die große Staatsprüfung nicht, wurde aber 5 Monate
später von einer preussischen Universität zum Doktor beider Rechte
ernannt. 1880 bestanden B. und C. die erste juristische Prüfung
in Berlin nicht. Beide bestanden aber 1882 die Prüfung in Göt-
tingen. Der schwierigste Fall kam 1880 vor; er spielte merkwürdigerweise
in Gießen, dem Ort, wo Examina gemacht werden, die kein
preussischer Kandidat bestehen kann. In Gießen war damals
zufällig der Herr, der jene Schrift geschrieben hat, Mitglied der
Examinationskommission. Der Kandidat bestand in Kassel am
15. April nicht. Sofort meldete er sich in Gießen. Auf seinen
Zeugnissen war bemerkt, er dürfe in Preußen innerhalb 6 Monaten
die Prüfung nicht wiederholen. Damit meldete er sich in
Gießen, wurde alsbald zur Prüfung zugelassen, und am
15. Mai, vier Wochen nachdem er in Kassel nicht bestanden
hätte, zum Examen zugelassen und bestand die Prüfung gut. (Heiter-
keit!) Die Censur, welche der betreffende Herr ausstellte, lautete
im Strafrecht — recht gut, im Strafrecht — ungenügend; das
Resultat der gesammelten mündlichen und schriftlichen Prüfung wurde
als „gut“ bezeichnet. Dieser Herr, der dieses Urtheil als Exami-
nator mit unterschrieb, wirft der preussischen Justizverwaltung vor,
daß es vorkäme, daß ein Kandidat, der in irgend einer Disziplin

des öffentlichen Rechtes „ungenügend“ erhalten, trotzdem das
Examen bestände, und dieser selbe Herr hat zwar die Arbeit eines
Kandidaten als ungenügend censurirt, aber seinerseits dahin gewirkt,
daß dieser Kandidat das Gesamtprädikat „gut“ erhielt.

Der mehrgenannte Herr sagt nun, es wäre ganz verfehlt,
6 Kandidaten in einem fünf Stunden umfassenden Termin zu
prüfen, man müsse daher 18 Stunden prüfen. Das man in dieser
Zeit mehr fragen kann als in 5 Stunden, weiß die Justizverwaltung
selbst auch ohne diesen Herrn, das ist aber eine größere Prüfungs-
kommission, wie z. B. die in Berlin oder Köln, gar nicht im
Stande. In Berlin wird wesentlich zweimal, zeitweise auch drei
Mal geprüft, nach dem Vorschlag jenes Herrn müßte aber wöchent-
lich neunmal geprüft werden, und das ist eben unmöglich. Und
die oberste Prüfungskommission, die jetzt vier Mal prüft, müßte
eine Woche von 12 Tagen ersuchen. Für eine solche Erweiterung
wäre die Justizverwaltung sehr dankbar (Heiterkeit). Ganz ver-
fehlt wäre es auch, in sämtlichen 15 Fächern der Juris-
prudenz zu prüfen: in Preußen ist noch nie eine
Prüfung so gehandhabt worden. Es ist die Aufgabe
der Prüfung, in möglichst kurzer Zeit die 6 Kandidaten
möglichst bis auf die Niere zu prüfen. Das ist eine große Kunst,
aber es ist möglich, jedoch nicht so, daß man die Prüfung nach
15 einzelnen Fächern einteilt. Derjenige ist der beste Examinator,
der sich nicht auf ein Spezialfach beschränkt, sondern nach allen
Seiten um sich greift. Die Justizverwaltung wird
diese Frage fortwährend mit Aufmerksamkeit verfolgen.
Neben dem mündlichen Examen muß aber auch die wissen-
schaftliche Arbeit eine Grundlage für das Urtheil bieten.
Eigentümlicher Weise kommen gerade die Widersprüche gegen die
wissenschaftliche Arbeit, die doch auf nichts anderem beruht als auf
einem theoretischen Vorschlag, gerade aus dem Kreise der Theore-
tiker. Was die Theilnahme der Rechtslehrer an der Prüfungs-
kommission betrifft, so wurde dieselbe bis 1869 immer auf zwei
Jahre von dem Appellationsgerichtspräsidenten dazu bestimmt,
dann wurden auf Veranlassung des Ministers der geistlichen An-
gelegenheiten alle Rechtslehrer zu den einzelnen Prüfungen je nach
Ermaßen des Präsidenten der Prüfungs-Kommissionen entsandt.
Später wurde wieder auf Veranlassung von Positionen verschie-
dener Fakultäten die Wahl der Rechtslehrer für die Prüfungs-Kom-
missionen den Appellationsgerichtspräsidenten überlassen. — Die
Einführung der wissenschaftlichen Arbeit erfolgte auf Antrag der
Universitäten, welche ohne diese Einrichtung die Abschaffung des
Kollegienzwanges nicht befürworten zu können glaubten. Auch
sämtliche Prüfungs-Kommissionen halten die wissenschaftliche Arbeit
für ein gutes Mittel zur Erforschung der Fähigkeiten des Kan-
didaten. Es hat auch ein erhebliches Moment, wenn von den
jungen Leuten verlangt wird, daß sie aus dem, was sie gelernt
haben, nach einer bestimmten Richtung hin innerhalb einer gewissen
Zeit eine Arbeit zu Stande bringen sollen. Vertrauen Sie, daß
die Justizverwaltung fort und fort die Frage im Auge behält, sich
aber jetzt noch nicht auf diese oder jene Reform einlassen kann
(Beifall).

Abg. Dr. Friedberg (Professor der Staatswissenschaften in
Halle, nat.-lib.): Ich glaube, daß die gegenwärtige Zeit wenig geeignet
ist, über die angeregten Fragen zum Abschluß zu kommen. Wir
dürfen nicht vergessen, daß das Reichsgesetzbuch vor der Hand
steht, daß dann der juristische Unterricht wesentlich verändert
wird und die Anforderungen an die Kandidaten wesentlich andere
sein werden als jetzt. Ich hoffe, daß, wenn das Reichs-
gesetzbuch erst da ist, sich unter den deutschen Rechtslehrern
eine Einigung über das Examen bilden werden lassen;
und wenn jetzt der größte Partikularstaat, Preußen, einseitig vor-
zugehen würde, so würde dies die Einigung erschweren. Ich weiche
aber vom Abg. Gneccerus darin ab, daß ich nicht wesentliche
Veränderungen in der Examinationsordnung wünsche, sondern im juristischen
Unterricht. Gerade in den ersten Semestern wird auf das Recht
und Rechtsgeschichte vorgetragen, und diese sind geeignet, den
angehenden Juristen abzufröhen, während er gerade das
Wesentliche, den Kernpunkt seines Studiums, kennen
lernen will. Weiter wäre es richtig, von vornherein
Konversationskollegen abzuhalten, in denen den jungen
Studenten das juristische Denken beigebracht wird. Das wir in
den Seminarien schon etwas Nützliches hätten, halte ich nicht für
zutreffend; denn die Seminarien sind nur für eine kleinere Anzahl
Vorstudirender berechnet, während an dem Konversationskollegen
Theil nehmen eine große Zahl von Studenten betheiligen kann. Ein dritter
Punkt wäre allerdings eine andere Zusammenstellung der Prüfungs-
kommissionen. Es scheint mir doch eine Axiomatik zu sein, daß man gerade
bei den juristischen Prüfungen die Prüfung nicht von denselben
Personen abhalten läßt, die den Unterricht erteilen, wie es doch
bei allen anderen Wissenschaften geschieht. Der Regierungskommissar
hat gegen das Fakultätsexamen einige Fälle angeführt, wo die
Kandidaten bei der jetzigen Prüfung unterlegen sind und dann vor
der Fakultät ein gutes Examen gemacht haben. Ich meine
aber, man kann daraus auch den gegentheiligen Schluß
ziehen, daß das jetzige Examen vielleicht eine Lotterie
ist, und das Examen vor der Fakultät vielleicht doch viel besser
ist, und eingehender ist. Mir ist es in meinen Erfahrungen vielfach
vorgekommen, daß gerade meine anerkannt tüchtigsten Schüler in
Hamburg im Examen unterlegen sind, also was der Herr Regierungs-
kommissar ansieht, scheint mir gegen die jetzige Zusammenstellung der
Prüfungskommissionen zu sprechen. Ein vierter Punkt wäre die Umgestal-
tung der wissenschaftlichen Arbeiten. Ich kann dem Abg. Gneccerus
insoweit nur zustimmen, als mir von vielen kompetenten Seiten gesagt
wurde ist, daß diese wissenschaftlichen Arbeiten nicht viel werth
seien, daß es richtiger wäre, dem Examinanden die Bearbeitung
eines Rechtsfalls aufzugeben. Aber ich bin überzeugt, daß alle diese
Maßnahmen nur durchgeführt werden können, wenn wir das Reichs-
gesetzbuch bereits haben. Vorläufig könnte eine Verknüpfung
der Theorie in Betracht kommen, wodurch die Prüfung sich dem
Charakter des Fakultätsexamens nähern würde, und zweitens müßte
man den Besuch solcher Konversationskollegen obligatorisch
machen, so daß ohne deren Besuch niemand zum Examen zugelassen
würde.

Zum Schluß hätte ich an den Justizminister noch eine
Bitte, die allerdings auch den Minister des Innern und
den Kultusminister angeht. Im Prüfungsreglement steht aus-
drücklich, daß in den Grundfragen der Staatswissenschaften geprüft
werden solle, bei der jetzigen Zusammenstellung der Prüfungs-
kommission ist aber das nicht möglich, und in Folge dessen vernach-
lässigen die Juristen die Staatswissenschaften und Nationalökonomie
u. f. w. vollständig. Zum Theil belegen sie nicht einmal die Kollegien;
wollen sie dann zur Bewältigung übergehen, so helfen sie es nach.
Wir müssen dann Unterschriften holen, wo wir oft genau wissen,
daß der Kandidat gar nicht in der Lage war, unsere Vorlesung zu
hören; so müßte ich erst in diesem Jahre eine Unterschrift geben
und die 20 Mark einstecken — die mir oft ein Sündenbild
sind —, obwohl ich wüßte, daß der Betreffende sich in Eifer
anstrengt. Das ist ein unwürdiger Zustand, der ankündet würde,
wenn in den Staatswissenschaften wirklich geprüft würde. Dann
würden die Studenten eben schon früher die begünstigten Kollegen
hören.

Abg. Dr. Gneccerus (nat.-lib.): In Bezug auf die Konver-
sationskollegen kann ich den Vorredner nur bestätigen. Doch
möchte ich ihn bemerken, daß z. B. bei uns mit dem Seminar
eine Einrichtung verbunden ist, wonach den Studenten fast täglich
zu konversationellen Übungen Gelegenheit gegeben ist. Mit der
Behandlung meiner Anregungen seitens des Regierungskommissars
kann ich mich durchaus nicht einverstanden erklären (Widerpruch),
und ich begreife nicht, weshalb er mir mit solcher Unmöglichkeit geant-
wortet hat. Daß nicht alle Professoren derselben Ansicht sind,

weil ich und ist doch wohl selbstverständlich; die Praktiker sind auch nicht alle mit einander einverstanden. Man kann mich also nicht damit widerlegen, daß man sagt, das und das ist auf Wunsch der und der Fakultät entstanden. Ich habe eben meine Ansichten ausgedrückt, und zugleich gewünscht, daß man eine Enquete aufstelle, damit wir über die Ansichten der verschiedenen Fakultäten ins Klare kommen.

Nun noch einige Erwiderungen auf einzelne Punkte. Ich gebe zu, daß Einer, der im Examen in Preußen durchgefallen ist, an einer anderen Universität mit „vorzüglich“ promoviert haben kann. Aber inzwischen kann ja der Betreffende ernst gearbeitet haben, oder aber das Doktorat ist sehr leicht gewesen. Solche Beispiele beweisen doch nichts gegen mich. Man hält mir ferner die Kürze der Examensdauer entgegen. Nun, wenn die Noth so groß ist, dann müssen eben die Examinationskommissionen in Sectionen getheilt werden. Diesen Punkt habe ich übrigens gar nicht hervorgehoben. Die vom Herrn Justizminister in Verbindung mit dem Kultusminister erlassene Verfügung ist sehr dankenswerth, aber damit allein ist nichts gethan, wenn nicht der Student durch das Examen dauernd auf den richtigen Weg geleitet wird. Wenn das Zwischenexamen nicht das beste Mittel ist, so ist es doch ein Mittel, und ein besseres augenblicklich nicht empfohlen. Dem Zwischenexamen soll als Hinderniß entgegenstehen, daß es nichtswürdig sei, daß Juristen auswärts studieren. Das kann ich nicht anerkennen. Dann soll durch ein Zwischenexamen ein noch größerer Gewicht als bisher auf das Privatstudium fallen. Aber man vergißt, daß dann die letzten Semester in weit höherem Maße zum Studium des öffentlichen Rechts verwendet werden können. Wenn man mir einwirft, die Mitglieder der Examinationskommission könnten ja die Thematika stellen, so muß ich entgegen, daß in der Kommission, der ich angehöre, lediglich der Präsident die schriftliche Aufgabe stellt. Daß der junge Jurist nicht im Stande sein soll, sein Urtheil auf einen praktischen Fall anzuwenden, bezweifle ich aus eigener Erfahrung ganz entschieden. Vorzügliches Fleiß zu erkennen oder ganz wissenschaftliche Kenntnisse zu beurtheilen, dazu mag die wissenschaftliche Arbeit, wie sie heute besteht, ausreichen, nicht aber dazu, einen wirklichen Einblick in das juristische Wissen und die Urtheilskraft zu gewinnen. — Wir sollen nun Vertrauen haben! Ja, in dieser Sache ist dasselbe sehr erspart worden. In nicht hat der Herr Regierungs-Kommissar auch nur ein Aitelchen zugegeben, nach seinem Urtheil ist Alles vorzüglich. Dennoch kann er die Bewegung, welche hinsichtlich der Examenfrage vorhanden ist, nicht wegleugnen, sie wird so lange an Ihre Thüren pochen, bis Sie ihr Gehör geben.

Justizminister Dr. Friedberg: Der Herr Abg. Cnuccerus hat mich am Schlusse seiner Ausführungen aufgefordert, eine Enquete zu veranstalten, ich kann ihm darauf erwidern, daß seit etwa anderthalb Jahren ich mit einer solchen Enquete beschäftigt bin, namentlich seitdem ich schon im vorigen Jahre durch den Herrn Abg. Cnuccerus erfahren hatte, er wolle diesen Gegenstand hier vorbringen und zum Vorwurfe einer Kontroverse machen, und nachdem jetzt seit einem halben Jahre auch keine Woche vergeht, wo mir nicht irgend eine Broschüre zugeführt wird. Wenn ich mir diese ansehe, so ist auch nicht eine einzige darunter von einem praktischen Juristen herrührend (Hört! hört! Heiterkeit), sondern alle sind aus den Kreisen der Herren Professoren. (Heiterkeit.) Und wenn der Herr Abgeordnete sich darüber beklagt, daß die Ausführungen des Herrn Regierungs-Kommissars sich gewissermaßen zur Unmöglichkeit ausgelegt haben, so kann ich dies zwar nicht angeben, aber wenn es der Fall wäre, so würde ich das sehr beklagen. (Heiterkeit.) Und wenn ich Ihnen mit einer Meinungsäußerung aus diesen Broschüren aufwarten könnte, in denen eine Meinungsäußerung wie: „Die heutige Examensverwaltung in Preußen ist ein wahrer Skandal“, eigentlich noch zu den maßvollsten gehört (Heiterkeit), so würden Sie zugeben, daß viel dazu gehört, um diesen ewigen Angriffen gegenüber nicht endlich auch einmal die rauhe Seite herauszuheben. Da nun so viel aus persönlichen Erfahrungen entnommen worden ist und auch Abg. Cnuccerus erklärt hat, daß zu seiner Zeit sehr viel mehr geleistet worden wäre, als heute (Heiterkeit), so lassen Sie mich auch an eine Erfahrung anknüpfen. Vor einer Reihe von Jahren, als ich noch jünger war und auch noch glaubte, die Welt verbessern zu können, namentlich auf dem Gebiete des Examenswesens, klagte ich dem berühmten Rechtslehrer Stahl, ganz wie Abgeordneter Cnuccerus heute, über die Zahl der Studierenden, daß sie nicht lernten und schlechte Examina machten. Darauf antwortete mir Herr Stahl: „Ich weiß nicht, was Sie wollen; ich kann Ihnen sagen, ich war viel sanfter als die heutigen Studenten“, (Große Heiterkeit) — und in Summa ist das, glaube ich, das einzige Nützliche. (Stürmische Heiterkeit.) Die heutigen Studenten sind weder fleißiger noch fauler, als die früheren. Die Menschheit ändert sich nicht, sondern die Studenten werden damals, um mich des Abends zu bedienen, ebenso geschwänzt haben, namentlich bei Professoren, die sie nicht angoren. (Große Heiterkeit.) Die Studenten werden nicht besser, nicht schlechter, Sie müssen Regulative machen, wie Sie wollen, wissenschaftliche oder praktische Aufgaben stellen, der Mensch ist es, der im Examen begutachtet werden soll. (Sehr wahr!) Wie die Examinatoren sind, so sind auch die Examina, und ich bin bemüht, die Examenreue so gut zusammenzufügen, wie irgend möglich. Da darf ich wohl aus meiner Erfahrung sprechen, da ich eine Reihe von Jahren Präsident der ersten Prüfungskommission gewesen bin: in der zweiten oder dritten Stunde war ich über mein Urtheil meistens entschieden (Sehr wahr!) und ich glaube, die Herren, welche mehrere Examina abgehalten haben, werden mir beistimmen, es handelt sich gar nicht darum, ob ich ein oder zwei Stunden examiniere, ob ich fünf Minuten mehr oder weniger auf diese oder jene Disziplin verwende, sondern darum, wie ich den jungen Mann, der vor mir steht, im Examen beurtheile an der Geistesgegenwart, mit der er mir antwortet, auch mit der er mir antwortet: „Das weiß ich nicht.“ (Sehr wahr!) Darum schreibe ich mein Urtheil, ob der Mann das Examen besteht oder nicht. (Sehr richtig!) Das eigentliche Lernen in der Jurisprudenz fängt nicht an auf der Universität, auch nicht gleich nachher, sondern lange nachher, wenn man das große Examen gemacht hat; dann entwickelt sich die eigentliche Durchbildung des Juristen (Sehr wahr!) und dann ist es meiner Ansicht nach ein ganz nützliches Beginnen, immer auf die Examina loszupacken (Sehr wahr!) und zu sagen, da müßt Ihr besser machen. Ich kenne ja den Herrn Abgeordneten, der mir sagt: „denn Examinatoren, die du aus den Praktikern nimmst, taugen nichts“, erwidern: „Ja, lehren Sie besser, dann werden Sie besser gelernt haben.“ Ich thue das nicht, Sie thun Ihre Schuldigkeit als Examinatoren und als Richter und dabei, glaube ich, können wir beide gute Freunde bleiben, ohne nöthig zu haben, uns zu bekämpfen. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Abg. v. Nechtritz-Steinrich (Konf.): Ich möchte auch nun aus meinen Erfahrungen einiges mittheilen. Alle Achtung vor der Gelehrsamkeit der Herren Professoren, aber von der Praxis verstehen sie nichts. (Stürmische Heiterkeit.) In Breslau hatte ein hochgelehrter Professor der Jurisprudenz an der dortigen Universität eine Examensfrage aufgestellt und mußte von dem Anknüpfator mehrfach eingelassen werden, um sie zu ergänzen. (Heiterkeit.) Ein sehr gelehrter Professor war Obmann der Geschworenen und wurde sehrmal zurückgeschickt, weil die Fragen nicht richtig beantwortet waren. Ich halte die Professoren gar nicht für geeignet, in der Praxis zu examinieren und auszubilden. Die Herren Professoren kennen von ihrem Rathgeber und stellen dann die fonderbaren Fragen. Ein Professor, welcher davon wußte, daß man zur Bestätigung der Urtheile von Walpurgisstein Brause, richtete an einen unglücklichen Kandidaten die Frage: „Wozu gebraucht man Hainfisch?“ (Große Heiterkeit.) Das ist doch keine Art zu examinieren. Ich glaube, der Herr Minister könnte richtig das Professorelement in den Examinations-Kommissionen vermindern. Was die Prüfungsordnung selbst anlangt, so möchte ich den Herrn Minister bitten, wenigstens die alte Prüfungsart wiederherzustellen, zwischen einem und zweitem Examen noch eines einzufügen, in welchem die Praxis geprüft wird. Erst die Referendare sind im Stande, ein Examen in der Praxis zu machen, die jungen Juristen, welche von der Universität kommen, sind unfähig.

Abg. Windthorst: Was das Universitätsstudium betrifft, so bin ich der Meinung, daß es recht viel zu wünschen übrig läßt. Die Schuld liegt zum Theil an der Ausbildung der jungen Leute

auf dem Gymnasium und in der immer mehr steigenden Genussucht, zum Theil auch an den Lehrern. Die Universitäten lassen viel zu wünschen übrig, in dieser Hinsicht kann ich jetzt nur die Universität Greifswald empfehlen. Ich bezweifle, daß man mit Erfolg das geltende Recht in den ersten Semestern traktieren könnte, die meisten noch guter alter Sitte dem römischen Recht verbleiben. Das die Herren Studenten recht fleißig lernen, bezweifle ich, der Laster der selben macht ein Zwischenexamen dringend erforderlich. Dasselbe muß sehr scharf sein, damit endlich der Gedanke verschwinde, man brauche in den ersten Semestern nicht zu arbeiten. Auch bin ich durchaus für Wiederherstellung der früheren drei Examina, des Auskultators-, Referendari- und Professor-Examens. Die ersten Jahre werden gar nicht ausgenutzt und zuletzt Hilfe bei den Referenten gesucht. Mühte ich ein anderes Mittel finden, so würde ich es vorziehen. In die Examinationskommissionen gehören soeben die Professoren überhaupt nicht, in Hannover hat man das früher nicht gekannt. Ein praktisch gebildeter Jurist wird den jungen Mann besser beurtheilen, als der Professor, den allzuhand andere Praktiken unter oder schlimmer Art leicht beeinflussen können; der praktische Jurist wird stets am besten fragen, wenn auch die und da Kuriosia vorkommen werden. Ich möchte aber doch außerdem noch fragen, ob es nicht möglich wäre, die Examina mehr zu dezentralisieren. Die Zahl der zu Examinierenden ist zu groß und die jungen Leute müssen dann zu lange warten. Ich meine nicht, daß eine besondere Enquete nöthig ist. Die Erfahrungen sind hier dezent, daß es einer Untersuchung gar nicht bedarf. Die Hauptfrage wird immer die bleiben, die jungen Leute möglichst früh zu praktischen Arbeiten heranzuführen und ihnen durch praktische Kollegien möglichst viel Gelegenheit dazu zu geben. Das Wesentlichste bleibt immer der Unterricht, denn das Examen soll doch nur dazu dienen, zu be- weisen, ob man unterrichtet ist.

Gebietarath Stölzel: Die Justizverwaltung ist in der That, die Ansicht des Vorredners zu theilen, daß das erste Examen die jungen Leute zur Arbeit auf der Universität, das zweite zur Arbeit in der Praxis anleiten soll. Die Prüfungskommissionen werden übrigens demnach durch eine Verfügung dazu angehalten werden, möglichst den Zeitraum zwischen Meldung zur Prüfung und Ablegung derselben zu verkürzen.

Abg. Dr. Meyer (Dresden, dfr.): Ich theile nicht die Ansicht des Abg. Windthorst, daß das Bier die Studenten verberbe. Zur Zeit, als Abg. Windthorst studierte, ging's doch auch recht lustig auf den Universitäten zu. Die Einführung sogenannter praktischer Collegia ist nicht von Nothen, da die Vorbereitung zur Praxis ja erst der Zweck des Referendariats ist. Auch gegen das Zwischenexamen müßte man sich sprechen. Die Klagen, daß die jungen Leute nicht lernen, und all. Ich selbst habe als Schüler Gneiss's von ihm schon diese Klage gehört. Wenn die jungen Leute nicht lernen, so haben meist die Lehrer Schuld daran. Anregende, beliebte Universitätsprofessoren werden nie über leere Kollegia zu klagen haben. Wenn Professoren über leere Kollegia klagen und gemächliche Kollegienregeln verlangen, um die Studenten in ihre Hörsäle zu treiben, so geschieht damit den Studenten nichts Gutes, sie werden gezwungen, aber nicht mit Liebe und Lust in den Kollegien sitzen. Außerdem werden ja oft die Studierenden von den Professoren geradezu aus den Kollegien herausgesprochen (Heiterkeit). Die Ausführungen des Regierungs-Kommissars haben mich sehr sympathisch berührt und ebenso den größten Theil meiner politischen Freunde. Gerade der Umstand, daß er mit der Vertretung dieser Sache betraut ist, zeigt den Eifer und die Energie der Justizverwaltung in dieser Beziehung. Ich bin übrigens begierig zu sehen, ob der Abg. Meyer die Angriffe, die Abg. Cnuccerus gegen die Justizverwaltung machte, ebenso zurückweisen wird, wie neulich der Abg. Cnuccerus seinen Angriff auf den landwirthschaftlichen Minister (Heiterkeit). Ich freue mich, daß der Herr Justizminister anwesend ist. Vielleicht erhalten wir heute von ihm Auskunft über einige Punkte, welche gestern der Abg. Mandel anregte, welche aber der Regierungs-Kommissar homöopathisch beantwortete, daß man eigentlich einen Preis darauf setzen könnte, eine Antwort auf eine Frage noch früher zu geben, als er gegeben hat (Heiterkeit). Zunächst so wurde der Punkt berührt, daß einem Rechtsanwalt die Beförderung zum Notar abgeschlagen sein soll wegen seiner politischen Parteilichkeit. Daraufhin sind wir mit der Antwort abgeweist worden, im Justizministerium sei davon nichts bekannt. Deswegen hat der Abg. Mandel die Sache nicht angeregt, um zu ermitteln, ob dies im Justizministerium bereits offenkundig bekannt ist, sondern ob ein derartiges Verfahren im Justizministerium getilgt wird. Zugewiesen habe ich gehört, daß von demselben Oberlandesgerichts-Präsidenten einem anderen Rechtsanwalt, der der Centrumspartei angehörte, der Notar gewesen war, aber das Notariat wegen Wohnungswechsels aufgab und nun sich von Niemand daheim be- ward, gesagt wurde: „Sie können nicht erwarten, daß die Regierung einem Ultramontanen Beistand leistet.“ Ich wuschte nun doch zu erfahren, von welchen Grundrissen die Justizverwaltung bei Beilegung des Notariats sich leiten läßt. Soll wirklich jemand, der der Anticentralität nach Notar wählte, erst seine politische Gesinnung verlegen, um Notar zu werden? Dann komme ich darauf zurück, daß der Vorgesetzte Spring-Wahlow durch gerichtlichen Spruch der Majestätsbeilegung überwiegen ist. Als ich gestern der Abg. Mandel danach erkundigte, wie es mit diesem Falle stünde, haben wir die praktische Antwort bekommen: „Die Akten sind nicht in das Justizministerium gekommen.“ Darauf waren wir gerade am abklingenden nenglerig. (Auf rechts: Prüfungskommission!) Präsident von Koller bittet den Redner bei der Sache zu bleiben.

Abg. Dr. Meyer (fortfahrend): Herr Präsident ich ziehe vor, abzubrechen, es ist bereits Alles gesagt.

Abg. Dr. Cnuccerus: Ich habe das Ministerium nicht angegriffen, sondern nur Einrichtungen getadelt. Ich danke dem Abg. Windthorst für seine Unterthänigkeit in Bezug auf das Zwischenexamen. Die wissenschaftliche Arbeit möchte ich gern beibehalten, wenn wir nur eine praktische Arbeit daneben haben. Die Bedeutung der Praktika an den Universitäten ist eine außerordentlich große, wie dies auch von Jhering anerkannt wird, welcher sagt, daß er erst durch solche Praktika das wahre Interesse und Verständnis für das Recht erhalten habe. Aufgabe der Praktika soll es nicht sein, praktische Handgriffe zu lehren, sondern in die Tiefen des Rechts selbst einzuführen. Die Professoren dem Examen ganz auszuscheiden, halte ich nicht für richtig. Indessen steht diese Frage für mich in zweiter Linie. Ich habe die Sache gewiß nicht so dargestellt, daß jeder Professor ein guter Examinator sei, nein, ich kenne solche, welche herablassend schlechte Examinatoren sind, aber andererseits auch Praktiker, welche sehr schlechte Examinatoren sind. So hat ein Praktiker einmal an einen begabten Examinandem eine Frage siebenmal stellen müssen, bis er die Frage verstand. Es handelt sich um den Grundsatz „audiat et altera pars“. Wenn nun auch in dieser Debatte Manches vorgekommen ist, was die Studenten nicht zum Fleiß reizen wird, so habe ich doch die Hoffnung, daß der Justizminister manches daraus entnimmt, was ihn rascher fortführt auf diesem Wege.

Der Titel wird bewilligt.

Im Kap. 74 Tit. 9 (Gefängnisinspektoren) bemerkt Abg. Berger (Witten): Das Gefängnis in Eberbach im Taunus ist ein altes Kloster; ich muß mich darüber befremden, mit welcher Impietät das herrliche Gebäude behandelt wird, wie Kirche, Kreuzgang u. s. w. zu Heimgärten und ähnlichen verwendet werden. Es ist das des preussischen Landes nicht würdig. Es sollte doch für das Gefängnis ein neues Gebäude hergestellt und das Kloster restauriert und anderen Zwecken überwiesen werden. (Beifall.)

Abg. von Strombeck (Centr.): Trotz der im vorigen Jahre seitens der Regierung abgegebenen Erklärungen bezüglich der Gehaltsaufbesserung der Gefängnisinspektoren ist bisher in dieser Beziehung nichts geschehen. Ich möchte daher die Frage von Neuem der wohlwollenden Erwägung der Regierung empfehlen. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der ordentlichen Ausgaben.

Hierauf verlag das Haus die weitere Beratung bis Donnerstag 1 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung; Etat der Staatsfiskalverwaltung; Extraordinarium der Bauverwaltung; Etat der Eisenbahnverwaltung.)

Schluß 1 Uhr.

Politische Nachrichten.

Königreich Preußen.

Die durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigte Rentmeisterei bei der königlichen Kreisfasse zu Stein an d. N. ist dem Rentmeister Thielert in Waldborn, dessen Stelle dem Rentmeister Garstach in Neurode verliehen worden, und mit der Verwaltung der königlichen Kreisfasse zu Neurode ist der Regierungshauptkassen-Buchhalter Zierfahowsky zu Oppeln beauftragt worden.

Bei dem Gymnasium in Jüterburg ist der ordentliche Lehrer Hugh Kirchner zum Oberlehrer befördert worden.

Bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist dem Geheimen Kanzlei-Sekretär Friedrich Becker unter Beilegung des Charakters als Geheimen Kanzlei-Direktor die Kanlei-Vorsteherstelle bei der Verwaltung für die Verwaltung des Bergs, Hütten- und Salinenwesens verliehen, und der Kanzlei-Sekretär Robert Grimmel zum Geheimen Kanzlei-Sekretär ernannt worden.

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Compagnie (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Hamburg, Dienstag, 1. Februar. Prämienziehung der Köln-Mindener Loose. 55 000 Thlr. 108 887, 8000 Thlr. 91, 103 727, 4000 Thlr. 189 335, 2000 Thlr. 79 272, je 1000 Thlr. Nr. 85 059, 118 429, 196 152, je 500 Thlr. Nr. 56 442, 143 381, je 200 Thlr. Nr. 22 977, 83 252, 103 725, 107 447, 108 886, 108 888, 117 658, 138 542, 141 333, 144 169, 196 198.

Wien, Dienstag, 1. Februar. Serienziehung der österreichischen 1860er Loose: 49, 167, 231, 285, 321, 346, 407, 450, 695, 728, 1368, 1547, 1725, 1911, 1970, 1981, 2055, 2121, 2209, 2559, 2618, 3051, 3197, 3304, 3640, 3824, 4150, 4252, 4278, 4335, 4696, 4741, 4890, 5011, 5111, 5193, 5844, 6113, 6316, 6395, 6503, 6800, 6927, 7373, 7457, 7076, 7771, 8158, 8228, 8260, 8290, 8576, 8870, 9122, 9184, 9194, 9317, 9482, 9661, 9701, 9953, 10 324, 10 332, 10 544, 10 839, 10 989, 11 032, 11 060, 11 189, 11 412, 11 471, 11 755, 11 880, 11 920, 11 995, 12 172, 12 363, 12 410, 12 437, 12 669, 12 774, 12 832, 12 919, 12 957, 13 006, 13 090, 13 305, 14 271, 14 272, 14 290, 14 471, 14 523, 14 784, 14 954, 15 419, 15 607, 15 043, 15 657, 15 742, 15 744, 15 840, 15 955, 16 025, 16 102, 16 345, 16 453, 16 661, 16 921, 17 042, 17 144, 17 229, 17 601, 17 744, 17 912, 18 025, 18 636, 18 706, 18 741, 18 774, 18 775, 18 846, 18 917, 19 024, 19 327, 19 403, 19 796, 19 854, 19 874, 19 988, 19 967.

Frankfurt a. M., Dienstag, 1. Februar, Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Markt.

| (Schluß-Course.) | C. v. 31. | C. v. 31. | C. v. 31. | | |
|--------------------|-----------|-----------|------------------|--------|--------|
| Pendener Wechsel | 20,377 | 20,375 | Spanier erfter | 60,30 | 61,60 |
| Parifer do. | 80,30 | 80,35 | Unif. Hauptft. | 69,60 | 70,90 |
| Wiener do. | 159,00 | 159,50 | Neue Türken | 13,10 | 13,30 |
| Reichsbanknote | 105,10 | 105,35 | Böhm. Weftbahn | 209,1 | 211 |
| Amft.-Wind. Br.-A. | — | — | Central-Pacifc | 112,90 | 113,00 |
| Defferr. Silber. | 62,90 | 63,00 | Kranzsch | 191 | 194,5 |
| do. Papierrente | 61,50 | 62,90 | Galizier | 154,1 | 157,1 |
| do. 5% Papierrente | — | — | Getreidebank | 94,00 | 92,00 |
| do. 4% Goldrente | 85,60 | 87,10 | Getreidebank | 93,20 | 92,90 |
| 1860er Loose | 111,40 | 114,60 | Sombard | 70,1 | 72,1 |
| 1864er Loose | 271,00 | 270,00 | Rübel-Wächener | — | — |
| 4% ungar. Goldr. | 75,30 | 77,10 | Nordweftbahn | 123,1 | 129,00 |
| do. Staatsloose | — | 210,00 | Kreditaktien | 213,1 | 218,1 |
| Italiener | 94,00 | 95,00 | Darmftädter Bank | 130,00 | 132,40 |
| 1880er Ruffen | 78,90 | 79,60 | Meininger Bank | 92,50 | 93,00 |
| II. Orientanleihe | 56,00 | 56,30 | Reichsbank | 137,80 | 138,00 |
| III. Orientanleihe | 55,90 | 56,70 | Disconto-Komm. | 185,40 | 189,80 |

Neue Serben 79,50, Spoz. serbische Rente 75,00, neue Spoz. portugiesische Anleihe 89,00, Buenos-Ayres 82,50.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 213,1, Franzosen 191,1, Galizier 154,1, Lombarden 69,1, Ägypter 69,20.

Köln, Dienstag, 1. Februar, Nachmitt. 1 Uhr. Getreide-markt. Weizen loco Heister 17,75, fremder loco 18,25, März 17,25, Mai 17,80. Roggen loco Heister 14,50, März 13,30, Mai 13,55. Rüböl loco 24,70, Mai 24,05, Oktober 24,40.

Stettin, Dienstag, 1. Februar, Nachmitt. 1 Uhr. (Getreide-markt.) Weizen unverändert, loco 158—168, April-Mai 166,00, Mai-Juni 167,50. Roggen Heister, loco 121—126, April-Mai 129,50, Mai-Juni 130,00. Rüböl unverändert, April-Mai 45,00, Spiritus Heister, loco 36,00, Hebr. 36,00, April-Mai 36,70, Juni-Juli 38,00. Petroleum loco 11,60.

Königsberg, Dienstag, 1. Februar, Nachm. (Getreidemarkt.) Weizen matt. Roggen unverändert, loco 120,00, 2000 Pf. Heister 110,50. Gerste Heister, loco 10,00, 2000 Pf. Heister 10,00. Weizen Erbsen pr. 2000 Pf. Heister 111,00. Spiritus 100 Eiser 100,00, loco 38,00 Pf. Heister 38,50 Pf. Heister 40,50 Pf. Heister: Schön.

Wien, Dienstag, 1. Februar. Spiritus loco ohne Faß 34,50, Februar 34,80, April-Mai 35,95, Juni 36,90. Beihauptet.

Breslau, Dienstag, 1. Februar, Nachm. Markt.

| | | | | | |
|-------------------|--------|--------|---------------------|--------|--------|
| Deherr. Banknoten | 159,30 | 159,50 | Eff. Ludwigsbahn | 93,00 | 93,50 |
| Russ. Banknoten | 185,25 | 186,45 | Bresl. Discontobank | 88,25 | 88,50 |
| Deherr. Goldr. | — | — | Bresl. Wechselbank | 97,75 | 98,00 |
| 4% ungar. Goldr. | 75,65 | 77,25 | Kreditaktien | 443,50 | 452,50 |
| 1860er Russen | 79,00 | 80,00 | Schlef. Bankverein | 101,75 | 102,25 |
| 1884er Russen | 92,40 | 93,00 | Donnersmarkthütte | 40,75 | 42,75 |
| II. Orientanl. | 56,50 | 56,30 | Landshütte | 81,00 | 83,50 |
| Italiener | 94,75 | 95,25 | D. Schl. Eisenbahn | 46,50 | 48,00 |

Reichth. Oienitz, J. Ankerw.

Leipzig, Dienstag, 1. Februar.

| | | | | | |
|--------------------|--------|--------|-----------------------|--------|--------|
| 3proz. fähl. Rente | 90,25 | 90,90 | Leipziger Diskonto | 102,00 | 102,00 |
| 4proz. „ „ | 104,75 | 104,70 | Sächsische Bank | 115,50 | 115,50 |
| Ausf. d. B. A. | 120,00 | 120,00 | Leipziger Kammerbank | 220,00 | 223,00 |
| do. „ B. B. | 82,00 | 82,50 | „ „ | 86,50 | 88,00 |
| Böhm. Nordbahn | 98,00 | 98,25 | Zuckerfabrik Glaugitz | 75,00 | 75,00 |
| Graz-Köflach | 90,00 | 90,25 | Zuckerfabrik. Halle | 97,25 | 97,25 |
| Leipziger Kredit | 167,25 | 168,00 | Leipz. Gas-Gesellsch. | 138,00 | 138,00 |
| Leipziger Bank | 135,25 | 135,25 | Deherr. Banknoten | 159,50 | 159,50 |

Wien, Dienstag, 1. Februar, Nachmittags. Rudenbank stand Renten stark steigend.

| (Schluß-Course.) | C. v. 31. | | C. v. 31. | | |
|--------------------|-----------|--------|-------------------|--------|---------|
| Deherr. Papier. | 76,60 | 78,10 | Kronpr. Rudolfsh. | 180,00 | 181,00 |
| do. 5% Papierrente | 96,60 | 97,90 | Don-Bodenbank | — | — |
| do. Silberrente | 78,75 | 79,75 | Böhm. Westbahn | — | — |
| 4% Goldrente | — | 108,00 | Nordbahn | 2390 | 2300,00 |
| do. ungar. Goldr. | 95,90 | 96,65 | Unionbank | 202,50 | 209,00 |
| 5% ungar. Papier. | 85,25 | 87,40 | Anglo-Austrian | 101,50 | 104,25 |
| 1864er Loose | 125,00 | 127,25 | Wiener Bankverein | 92,25 | 97,25 |
| 1860er Loose | 133,00 | 135,75 | Ungar. Kredit | 277,50 | 283,50 |
| 1864er Loose | 163,00 | 165,00 | Deutsche Pfäze | 62,90 | 62,65 |
| Kreditloose | — | — | Condoner Wechsel | 128,25 | 127,90 |
| Ang. Prämienloose | 117,00 | 117,00 | Pariser do. | 50,52 | 50,45 |
| Kreditaktien | 268,75 | 275,10 | Amsterdamer do. | 165,60 | 165,60 |
| Franzosen | 242,00 | 244,25 | Napoleonsh | 10,14 | 10,09 |
| Lombarden | 88,50 | 91,50 | Dukaten | 5,98 | 5,96 |
| Galizier | 193,50 | 197,50 | Marknoten | 62,90 | 62,65 |
| Genh.-Gern.-Taffy | 211,00 | 218,00 | Russ. Banknoten | 1,161 | 1,17 |
| Rudolbiger | 153,00 | — | Silbercoupons | 100,00 | 100,00 |
| Nordwestbahn | 157,00 | 160,50 | Säbnerbank | 226,50 | 230,50 |
| Elbthalbahn | 154,00 | 157,00 | Tramway | — | 208,50 |
| Elbthalbahn | — | — | Zabokaktien | 52,50 | 54,75 |

Radobitz: Ungar. Kreditaktien 278,00, österr. Kreditaktien 270,00, Franzosen 241,75, Lombarden 87,00, Galizier 194,00, 4proz. ungar. Goldrente 94,55, Besser.

Savre, Dienstag, 1. Februar, Vormitt. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm von Belmann, Blegier u. Co.) Kaffee. Good average Santos Februar 78,00, März 78,50, April 78,75, Mai 79,00, Juni 79,25, Juli 79,50, August 79,75. Fest.

Glasgow, Dienstag, 1. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Minuten. Rohisen. Mixed numbers warrants 4 s 7 1/2 d.

Verantwortliche Redakteure: H. Bernburg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Kober in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.